

# Antrag auf Bürgerentscheid vom Rat abgeschmettert

Von Malte Hinz

Lünen. Zunächst kam der Nikolaus, gab es für die Ratsmitglieder Nüsse und Pfefferkuchen, für Bürgermeister-Vize Weineck eine Unterschriftenliste für den Bau einer Grundschule in Lünen-Süd. Für Thomas Matthée und Prof. Hofnagel gab's dagegen Saures. Ihre Forderung nach einem Bürgerentscheid gegen Kohlekraftwerksprojekte in Lünen wurde abgelehnt.

Nach hitziger Debatte lehnten SPD, CDU, FDP und STATT-Partei den Bürgerantrag ab, mit einem freiwilligen Bürgerentscheid „das mehrheitliche Stimmungsbild der Bevölkerung gegen die Errichtung und den Betrieb weiterer Kohlekraftwerke (...) zur Kenntnis zu nehmen und einen entsprechenden Kurswechsel im Rat herbeizuführen“. Schon im Vorfeld hatte Erster Beigeordneter Günter Klencz für die Verwaltung für Ablehnung plädiert: Das Genehmigungsverfahren laufe, die Bezirksregierung prüfe die von den Bürgern vorgebrachten Bedenken - und dann werde in Arnsberg entschieden. Klencz wörtlich: „Die Bürgerbefra-

gung ist für die Entscheidung der Bezirksregierung ohne Belang und damit überflüssig und sinnlos.“ Dies gelte auch für ein Evonik-Kraftwerk, gegen das der Rat eindeutig votiert habe. Im übrigen koste ein Bürgerentscheid bis zu 100 000 Euro - ein Betrag, „mit dem man über ein Jahr



(Bild: Archiv)

„Ich habe mit den Handzeichen nur signalisiert, dass ich Herrn Kersebohm auf der Rednerliste habe“  
Sitzungsleiter Weineck (Bild) zu seinem leicht irritierten Kollegen Becker

lang allen bedürftigen Kindern in unseren offenen Ganztagschulen ein Mittagessen bieten könnte“.

Grünen-Sprecherin Erika Roß stellte sich erwartungsgemäß hinter den Bürgerantrag. Gleichzeitig bedauerte sie die ursprüngliche Zustimmung der Grünen zum Trianel-Projekt: „Das war ein fataler Fehler.“ Lünens Bürger akzeptier-

ten kein neues Kraftwerk - weder von Trianel noch von Evonik. Roß: „Respektieren sie bitte diesen Bürgerwillen.“

SPD-Fraktionschef Rolf Möller signalisierte Ablehnung des Mattée-/Hofnagel-Antrags. Die Entscheidung für oder gegen ein Kraftwerk gehöre in den politischen Raum „und kann nicht von den Bürgern getroffen werden. Das entspricht dem Wesen der repräsentativen Demokratie.“ Bürgerinitiative und Grüne suggerierten der Bevölkerung, sie habe Einfluss auf die Entscheidung: „Das ist nicht in Ordnung. Das ist falsch. Das machen wir nicht mit. Die Entscheidung fällt allein in Arnsberg“, so Möller. Im übrigen stehe die SPD-Fraktion nach wie vor „voll zu ihrem Ja zum Trianel-Kraftwerk“.

Auch Friedhelm Schroeter (CDU) riet Grünen und Antragsstellern: „Sagt den Bürgern doch endlich, dass ihre Entscheidung wirkungslos wäre.“ Außerdem müssten sich die Gegner entscheiden, ob sie „Atomstrom aus der Ukraine oder umweltfreundlichen Kohlestrom aus NRW“ wollten. Die Union bleibe jedenfalls bei ihrer Zustimmung zum Trianel-Vorhaben. Ebenso Hubert Walnsch-

(FDP): „Wir sind und bleiben dafür, weil es sinnvoll ist.“ Auch die STATT-Partei um Dieter God votierte gegen den Bürgerantrag: „Der Zug ist doch längst abgefahren.“ Neben den Grünen stimmte lediglich noch die UWG zu - deren Sprecher Dieter Klecha forderte, das Votum der Bürger in dieser Frage zur Kenntnis zu nehmen und zeigte sich überzeugt: „Es bleibt dabei: Überall dort, wo Bürgerinitiativen entstehen, hat Politik versagt.“

## FAKTEN

### Dank an Knut Thamm

- Vor Beginn der Ratssitzung sahen die Fraktionen einen Film von Knut Thamm über die „Kulturellen Highlights“
- Bürgermeister-Vize Weineck dankte dem Stadtfilmer für sein Jahrzehnte langes Engagement und für seine Leidenschaft für die Stadt Lünen und deren Bürgerinnen und Bürger.